

Mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem

Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erhöhen.

Die PISA- und IGLU-Studien haben in einem erschreckenden Maße aufgezeigt, dass Bildungschancen in Deutschland wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft abhängen. Davon sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen. Hier muss Politik für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Niedersachsen wollen eine Bildungspolitik, die solche Benachteiligungen verhindert.

Doch die Erhöhung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist nicht nur eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Darüber hinaus bauen wir damit langfristig am Fundament einer gelungenen Integration von MigrantInnen. Schließlich findet eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilnahme nicht zuletzt in der Arbeitswelt statt. Deshalb müssen wir den Anteil von MigrantInnen in höher qualifizierten Berufen erhöhen. Dies schaffen wir vor allem mit einer besseren Ausbildung und einer besseren Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Fokus MigrantInnen

Das Modell der Neunjährigen Basisschule lenkt besonderes Augenmerk auf die Förderung der einzelnen Kinder, wovon gerade Kinder mit Migrationshintergrund profitieren. Dieses Modell der Neunjährigen Basisschule ist im Sinne des Leitantrags einbezogen. Für die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund seien hier aber einige Bereiche zusätzlich betont:

- Ganztagschulen unterstützen die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in besonderer Weise, da hier das Vertiefen und Üben aus dem familiären Umfeld mit seinen möglicherweise bestehenden Sprachproblemen heraus in den Bereich der Schule gelegt wird. Die Ganztagschule ist der stärkste Hebel gegen die Determinierung von Bildungschancen durch die soziale und sprachliche Herkunft!
- Vor dem Hintergrund des grundgesetzlich garantierten Religionsunterrichts befürworten wir die Einführung des islamischen Religionsunterrichts. Aus Erfahrungen der verschiedenen Modellversuche wissen wir, dass dadurch auch die Elternarbeit der MigrantInnen gestärkt wird.
- Der Anteil der MigrantInnen in der Elternarbeit muss erhöht werden. Selbst in Schulen mit hohem MigrantInnenanteil ist das Engagement von Eltern mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Es geht darum, neue Formen von Ansprache und Kontaktaufnahme mit Eltern zu finden, die sich bisher wenig am Bildungsprozess ihrer Kinder beteiligt haben. Dabei geht es um Formen der Information bis hin zu gezielten Angeboten der Unterstützung und Mitwirkungsmöglichkeiten. AnsprechpartnerInnen wären Migrantenselbsthilfeorganisationen oder „Integrationslotsen“. Elterninformation in verschiedenen Sprachen ist anzustreben.
- Die Schule muss sich der verschiedenen kulturellen Wurzeln ihrer Kinder bewusst sein. Nur so kann Schule auch werteorientiert unterrichten. Insbesondere zum Rollenverständnis der beiden Geschlechter gibt es verschiedene (manchmal gegensätzliche) Vorstellungen. Oft sind davon auch die weiteren Bildungskarrieren abhängig. Das Ziel ist, den Kindern ein selbstbestimmtes Leben in kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen und der fremden Kultur zu ermöglichen. Wir müssen hier besonders Mädchen stärken ihre schulische und berufliche Bildungslaufbahn ihren Fähigkeiten entsprechend zu gestalten. Wir müssen den Eltern vermitteln, wie wichtig dieser Bildungsweg für die persönliche Entwicklung jedes Kindes ist.
- Eine sachgerechte Behandlung der Vielfalt der Kulturen ist im Unterricht überfällig. Hier ist das Wissen vieler LehrerInnen eher gering. Dieses Wissen muss Einzug in die LehrerInnenausbildung und -fortbildung halten.
- Bei den höheren Bildungsabschlüssen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders unterrepräsentiert. So lange SchülerInnen nach Vor- und Grundschule nicht das gleiche Lernniveau haben besteht die Gefahr, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz ihrer eigentlichen Fähigkeiten vor allem in Hauptschulen weiter unterrichtet werden. So führt die Fo-

kussierung auf die Beherrschung der deutschen Sprache schnell in Formen unbeabsichtigter „institutioneller Diskriminierung“. Das bündnisgrüne Modell der neunjährigen Basisschule kommt deshalb mit der Förderung aller Kinder entsprechend ihrer Fähigkeiten und durch die spätere Aufteilung in die weiterführenden Schulen gerade MigrantInnen zugute.

- Migration ist ein weltweit dauerhafter Prozess. Die Kenntnis von mehr als einer Sprache gehört zu den zentralen Erfordernissen von Qualifizierung. Es bietet sich daher an, muttersprachlichen Unterricht durch das Angebot der Herkunftssprache als zweite Fremdsprache aufzuwerten. Damit werden gute Leistungen im Muttersprachunterricht honoriert und die Herkunftssprache als kulturelle Leistung anerkannt und wertgeschätzt. Dieses Potential an Vielsprachigkeit muss gefördert werden und Einzug in die Berufswelt, besonders in die öffentlichen Dienste, halten.

Mit diesem Beschluss setzen wir ein Zeichen für eine interkulturelle gesellschaftliche Integration als notwendige Grundlage für ein offenes, aber nicht beliebiges, Miteinander